

HISTORY&POLICY



Historisches Forschungszentrum der Friedrich-Ebert-Stiftung

Vertreibung gesamteuropäisch erinnern Gemeinsam – nicht getrennt!

Vertreibung und Zwangsmigration sind besondere Kennzeichen des 20. Jahrhunderts und zunächst von der Politik allgemein akzeptierte Mittel gewesen. Nach dem Ersten Weltkrieg haben selbst die demokratischen Nationen des Völkerbunds geglaubt, durch die Umsiedlung großer Bevölkerungsteile könnten in Zukunft homogene Staatsgebilde geschaffen und kriegerische Konflikte verhindert werden. Schon bald musste man jedoch erkennen, dass die in gemischtethnischen Grenzregionen (Oberschlesien, griechisch-türkischer Grenzraum) zwangsweise durchgeführten Umsiedlungen keinen Frieden brachten. Entgegen dem ursprünglichen Sinn der Konfliktverhinderung wurden Auseinandersetzungen um multiethnische Siedlungsräume in zunehmendem Maße von angrenzenden Staaten zum Zwecke der Annexion funktionalisiert. Gerade die beiden führenden totalitären Mächte der Zeit, das nationalsozialistische Deutschland und die bolschewistische Sowjetunion, nutzten Nationalitätenkonflikte, die sie geschürt oder selbst erst erzeugt hatten, zur Sicherung und Ausweitung ihrer rassistisch oder ideologisch begründeten Herrschaftsansprüche. Demokratische Mitwirkungsrechte der Betroffenen sowie vielfältige Formen von kultureller und sprachlicher Autonomie wurden vernichtet.

Die Diskussion um ein von Vertretern der deutschen Vertriebenenverbände unter der Führung von Erika Steinbach (CDU) im Jahre 1999 vorgeschlagenes „Zentrum gegen Vertreibungen“ in Berlin war von Beginn an durch eine seltsame Schiefelage gekennzeichnet. Prominente →



März 2004 in Bonn (v.l.n.r.): Die Historiker Prof. Dr. Dieter Bingen, Darmstadt, Prof. Dr. Matthias Weber, Oldenburg, Daniel Brössler, Süddeutsche Zeitung, Dr. Mathias Beer, Tübingen, diskutieren anlässlich der Tagung „Geschichte als Politikum. Ein europäisches Netzwerk gegen Vertreibungen.“

Inhalt

Von der Diskussion um ein „Zentrum gegen Vertreibungen“ zum „Europäischen Netzwerk Erinnerung und Solidarität“	5
Die Bonner Erklärung	7
„Geschichte als Politikum. Ein europäisches Netzwerk gegen Vertreibungen“ Internationale Tagung der Friedrich-Ebert-Stiftung am 11. und 12. März 2004 in Bonn.....	9
Gesine Schwan Plädoyer für eine „Europäisierung der Erinnerung“	11
Beispielhafte Aktivitäten.....	13

Juli | 2007

IMPRESSUM

ISBN 978-3-89892-719-2

Herausgeber: Historisches Forschungszentrum der Friedrich-Ebert-Stiftung
Godesberger Allee 149, 53175 Bonn, Tel.: 0228 883-474, Fax: 0228 883-497

Texte: Friedhelm Boll / Britta Lenz, Fotos: Joachim Liebe, Stefan Nikolay

Gestaltung: Pellens Kommunikationsdesign, Druck: Printservice Produktion

© Friedrich-Ebert-Stiftung

Die Rechte einiger Fotos konnten trotz intensiver Suche nicht geklärt werden.

... Vertreibung gesamteuropäisch erinnern



→ Befürworter wie Peter Glotz (SPD) oder Ralph Giordano betonten immer wieder, dass es um nichts anderes als um eine repräsentative Stätte des Erinnerns an die Vertreibung der Deutschen im Gefolge des Zweiten Weltkriegs und im Kontext dieses Schwerpunkts auch um die Vertreibung anderer Volksgruppen gehe. Demgegenüber wurden von einzelnen Verbandssprechern sowohl eine Parallelisierung mit dem „Denkmal für die ermordeten Juden in Europa“ ins Spiel gebracht wie auch eine Reihe von Anklagen an die Adresse der Nachbarstaaten Deutschlands erhoben. Auch wurden Forderungen nach Entschuldigungen und sogar Restitutionsansprüche geltend gemacht. Irritierend waren ebenso die Hinweise auf angeblich noch offene Wiedergutmachungsleistungen, die Ablehnung der vom tschechischen Präsidenten Vaclav Havel mehrfach geäußerten Entschuldigung für die Vertreibung der Deutschen, massiv geäußerten Bedenken gegen die Aufnahme von Tschechien und Polen in die Europäische Union wegen der angeblichen Fortwirkung der sogenannten Beneš-Dekrete und ähnlicher polnischer Dekrete, sowie schließlich die Gründung der „Preußischen Treuhand“, mit deren Hilfe verlorenes Grundeigentum in ehemals deutschen Gebieten juristisch erstritten werden soll. Dies alles ließ im In- und Ausland Zweifel an der lauterer Erinnerungspolitischen Intention des „Zentrums gegen Vertreibungen“ aufkommen. Viele deutsche wie ausländische Beobach-

ter gewannen den Eindruck, als wollten Vertreter der Vertriebenenverbände die deutsche und auch die europäische Geschichte umschreiben bzw. verfälschen und die Verantwortung für die deutschen Verbrechen relativieren.

Seitdem haben zwei Gedenkprojekte Gestalt angenommen: Zum einen bemühte sich die Friedrich-Ebert-Stiftung seit Sommer 2003, als die Diskussion nach einem internationalen Aufruf von Markus Meckel (SPD) in Deutschland wie in Polen an Schärfe zunahm, um eine rationale Lösung des Konflikts. Eine solche Lösung konnte auf Grund der Problemlage nur in einem ausgesprochen europäischen Kontext erfolgen. In Anknüpfung an die Danziger Erklärung der Präsidenten Polens und Deutschlands, Alexander Kwaśniewski und Johannes Rau, vom Oktober 2003, wurde unter Mithilfe von Historikern und Historikerinnen aus acht europäischen Ländern (im März/April 2004) das Konzept eines **„Europäischen Netzwerks Zwangsmigrationen und Vertreibungen im 20. Jahrhundert“** erarbeitet und dieses Netzwerk in Bonn gegründet (vgl. die **„Bonner Erklärung“** im Anhang).

Bereits damals arbeiteten viele lokale und regionale Initiativen zur Aufarbeitung des Vertreibungsgeschehens im Umfeld des Zweiten Weltkriegs ganz überwiegend in grenzüberschreitendem, europäischem Sinne. Daran knüpfte das in Bonn gegründete

... Vertreibung gesamteuropäisch erinnern

Netzwerk an und entwickelte selbst eine Reihe von Initiativen. Es schien den Organisatoren und Unterstützern des Bonner Netzwerks (vgl. Liste der Unterzeichner) wichtig und notwendig zu betonen, dass die bereits existierende Vielzahl von Ansätzen zur historischen Aufarbeitung von Vertreibungen erheblicher Unterstützung bedarf. Dies sei sinnvoller und wichtiger als eine repräsentative Einrichtung in Berlin (oder anderswo), die aufgrund eines immanenten Trends zur nationalen Symbolik und Repräsentanz fast immer mit Unklarheiten und Missdeutungen verbunden sei.

Die von der Friedrich-Ebert-Stiftung betriebene Gründung des „Bonner Netzwerks“ wurde von der rot-grünen Bundesregierung unter Gerhard Schröder rasch aufgegriffen. Die „Bonner Erklärung“ bildete die Grundlage für Verhandlungen des Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien mit den Kulturministern der östlichen und südöstlichen Nachbarstaaten Deutschlands. Ein Jahr später konnte in der Form eines Staatsvertrags zwischen Polen, Ungarn, der Slowakei und der Bundesrepublik Deutschland ein **„Europäisches Netzwerk Erinnerung und Solidarität“** gegründet werden. Sein Büro nahm in Warschau seinen Sitz. Es wäre zu wünschen, dass diese „Kopfstelle“ ihre Tätigkeit bald in vollem Maße aufnehmen und entfalten würde. Damit würden die vielfachen Erinnerungs- und Forschungsinitiativen, die sich seit der „Bonner Erklärung“ gebildet haben bzw. in ihrer Folge entstanden sind, unterstützt und international fruchtbar gemacht.

Zum anderen hat die Große Koalition am 11. November 2005 vereinbart, in Berlin ein **„Sichtbares Zeichens“** zum Vertreibungsgeschehen zu setzen. Dies kann aber nur gelingen, wenn die unterschiedlichen, in den verschiedenen Ländern gemachten Erfahrungen in gemeinsamer Aufarbeitung aufgegriffen und beherzigt werden. Das auf vielfältige Weise schmerzhaft und grenzüberschreitende Thema Vertreibungen trägt keine nationalen Alleingänge. Ein „Sichtbares Zeichen“ in Berlin sollte daher von Anfang an – und die ersten Planungen gehen in diese Richtung – europäisch ausgerichtet sein. Da derzeit offensichtlich die Zeit für eine Institution in europäischer Trägerschaft noch nicht reif ist, sollte das „Sichtbare Zeichen“ wenn auch als deutsche Initiative begründet, in Planung, Realisierung und institutioneller Ausgestaltung von Vertretern der betroffenen Staaten beeinflusst, mitvorbereitet und möglichst auch getragen werden. Darin sollten sich die von internationalen Historikerkommissionen vorbereiteten Darstellungen wie auch die Vielfalt der regionalen und lokalen Initiativen möglichst umfassend und plural widerspiegeln.

Von daher ergänzen sich beide Initiativen – das „Bonner Netzwerk“ wie auch das von der Regierungskoalition geplante „Sichtbare Zeichen“.

Prof. Dr. Friedhelm Boll

Von der Diskussion um ein „Zentrum gegen Vertreibungen“ zum „Europäischen Netzwerk Erinnerung und Solidarität“



Eröffnung der Tagung „Geschichte als Politikum. Ein europäisches Netzwerk gegen Vertreibungen“ durch das Geschäftsführende Vorstandsmitglied der Friedrich-Ebert-Stiftung, Dr. Roland Schmidt. V.l.n.r.: Prof. Dr. h.c. Detlef Brandes, Düsseldorf, Prof. Dr. Dieter Dowe, Historisches Forschungszentrum der Friedrich-Ebert-Stiftung, Prof. Dr. Oliver Rathkolb, Wien, Prof. Dr. Jiří Pešek, Prag.

Mit der Initiative für ein „Zentrum gegen Vertreibungen“ entfachten der Bund der Vertriebenen (BdV) und seine Vorsitzende Erika Steinbach (CDU) 1999 eine Diskussion über die historische Aufarbeitung und Dokumentation von Vertreibungen, die seitdem auf unterschiedlichen nationalen und internationalen Ebenen mit zum Teil hoher Emotionalität geführt wird. Im Verlauf dieser Debatte wurden verschiedene Ideen und Konzepte entwickelt, die sich der Frage widmeten, wie die Geschichte der europäischen Zwangsmigrationen im 20. Jahrhundert angemessen aufgearbeitet und erinnert werden könnte.

Das BdV-Projekt, das eine Dauerausstellung zu Vertreibungen in Berlin anstrebt, stand dabei von Beginn an im In- und Ausland in der Kritik. In diesem Entwurf des BdV ging es in erster Linie um einen Erinnerungsort für die deutschen Vertreibungsoffer. Damit war eine einseitige und wenig kontextualisierte Darstellung der Vertreibungsgeschichte zu erwarten. Da der BdV zur gleichen Zeit förmliche Entschuldigungen für die Vertreibung von der polnischen wie von der tschechischen Regierung forderte und gelegentlich auch finanzielle Wiedergutmachungsforderungen zum Teil in symbolischer Form erhob, wurden Besorgnisse laut, dass hier eine Neubestimmung der deut-

schen Erinnerungskultur vorgenommen werden sollte. Zu befürchten stand, dass eine deutsche Opferrolle im und nach dem Zweiten Weltkrieg überbetont und die Vorgeschichte sowie die deutschen Verbrechen weitgehend relativiert würden. Insbesondere in Polen und Tschechien löste der Vorschlag eines „Zentrums gegen Vertreibungen“ Irritationen aus und wurde zur Belastung vor allem für die deutsch-polnischen Beziehungen. Der Deutsche Bundestag schloss sich vor diesem Hintergrund dem BdV-Projekt bewusst nicht an. Vielmehr verabschiedete er im Sommer 2002 eine Entschließung, die vor allem auf eine Initiative des SPD-Abgeordneten Markus Meckel zurückging und sich für den Gegenentwurf einer europäisch ausgerichteten Einrichtung stark machte.

In wissenschaftlichen Kreisen war dieser europäische Weg längst eingeschlagen worden. Europäische Zusammenarbeit bei der Erforschung von Zwangsmigration und Vertreibung im 20. Jahrhundert war seit Jahren Normalität geworden und hatte fruchtbare Ergebnisse erbracht. Ein wissenschaftliches Kolloquium in Darmstadt unterstützte deswegen im Dezember 2002 die Forderung nach einem europäischen Zentrum und unterbreitete Vorschläge für eine europäische Aufarbeitung und Erinnerung an

Zwangsmigrationen. Markus Meckel, Adam Krzemiński u.a. versuchten 2003 diese Idee in der europäischen Öffentlichkeit zu verankern und brachten als möglichen Ort eines solchen Zentrums Breslau ins Gespräch. (Inzwischen wird die Stadt Breslau wohl aus eigenem Antrieb ein Zentrum einrichten.) Die Diskussion versteifte sich, häufig in emotionaler Weise verstärkt, auf die Frage nach dem geeigneten Standort (u.a. Berlin und Breslau), obwohl immer wieder dezentrale und pluralistisch ausgerichtete Konzepte vorgetragen wurden.

Aufsehen erregte die gemeinsame Danziger Erklärung von Bundespräsident Johannes Rau und dem polnischen Staatspräsidenten Aleksander Kwaśniewski im Oktober 2003. Beide riefen noch einmal zu einer gemeinsamen europäischen Aufarbeitung der Vertreibungsgeschichte im Geiste von Freundschaft und Versöhnung auf.

Der Impuls für den Wendepunkt in der Diskussion kam schließlich im März 2004 aus dem Kreis der Fachhistoriker. Auf einer internationalen Tagung der Friedrich-Ebert-Stiftung „Geschichte als Politikum. Ein europäisches Netzwerk gegen Vertreibungen“ verabschiedeten Teilnehmer aus acht Ländern eine „Bonner Erklärung“ für die Gründung eines Europäischen Netzwerks: Zwangsmigrationen und Vertreibungen im 20. Jahrhundert [siehe Kasten]. Die Historiker knüpften dabei an den vielfältigen Erfahrungen

an, die seit Jahren in erfolgreich arbeitenden wissenschaftlichen und zivilgesellschaftlichen Kooperationsprojekten über staatliche Grenzen hinweg gemacht worden waren. Fernab von nationaler Geschichtspolitik waren in den letzten Jahren zahlreiche Projekte entstanden, die Vertreibungsgeschichte aufarbeiten und dokumentieren, grenzüberschreitende Begegnung ermöglichen und dabei Aussöhnungsarbeit in einem europäischen Geist betreiben. Die Unterstützung und Förderung dieser europäischen Erinnerungskultur „von unten“ und der grenzüberschreitenden wissenschaftlichen Kooperationen war das Anliegen des neu formulierten Netzwerk-Gedankens.

Inzwischen hat diese Idee auch politische Umsetzung gefunden. Die „Bonner Erklärung“ wurde Grundlage für die Verhandlungen zwischen den Kulturministern aus Deutschland, Polen, Ungarn, Tschechien und der Slowakei zum Vertreibungsproblem. Durch eine gemeinsame Erklärung wurde im Februar 2005 das „Europäische Netzwerk Erinnerung und Solidarität“ mit Sitz in Warschau ins Leben gerufen, das im Sommer 2005 seine Arbeit aufgenommen hat. Damit ist ein wirklicher Gegenentwurf zu dem vom BdV angeregten Zentrum entstanden, der sowohl auf einer europäischen Zusammenarbeit aufbaut, als auch in der Form der Aufarbeitung und Erinnerungsarbeit neue Wege beschreitet.

Bonner Erklärung: „Europäisches Netzwerk: Zwangsmigrationen und Vertreibungen im 20. Jahrhundert“



Diskutanten der Bonner Tagung „Geschichte als Politikum“:
Hans Koschnick im Gespräch mit Dr. Roland Schmidt; Prof. Dr. Peter Haslinger, Marburg/Gießen

Um die europäischen Zusammenhänge von Zwangsmigrationen und Vertreibungen im 20. Jahrhundert zu erforschen, zu dokumentieren und einer breiteren Öffentlichkeit nahe zu bringen, hat sich im Anschluss an die internationale Bonner Konferenz vom 11. und 12. März 2004 ein Initiativkreis gebildet, der die bestehenden vielfältigen dezentralen und teilweise grenzüberschreitenden Aktivitäten auf europäischer Ebene unterstützen und vernetzen will. Damit weiß der Kreis sich im Einklang mit der Danziger Erklärung der Präsidenten Polens und Deutschlands. Diese unterstreichen, dass **jede** Nation das selbstverständliche Recht hat, um ihre Opfer zu trauern, zugleich aber darum besorgt sein sollte, dass Erinnerung und Trauer nicht für gegenseitige Schuldzuweisungen, Aufrechnung und Entschädigungsansprüche missbraucht werden. Vielmehr sollte die **Geschichte gemeinsam erinnert werden**.

Gedenken, Erinnerung und intellektuelle Verarbeitung der Zwangsmigrationen und Vertreibungen im 20. Jahrhundert sind eine **europäische Aufgabe**. Ziel sollte es sein, die verschiedenen nationalen Geschichtsbilder füreinander zu öffnen, um die aufkeimenden **Ansätze eines europäischen Geschichtsbewusstseins** in seiner ganzen lokalen, regionalen, die nationalen Grenzen oftmals überschreitenden Vielfalt zu befördern.

Um dieses Ziel zu erreichen, ist **eine gemeinsame europäische Einrichtung** nötig, die den Titel tragen könnte: **„Europäische Stiftung: Zwangsmigrationen und Vertreibungen im 20. Jahrhundert“**.

1. Aufgaben der Europäischen Stiftung sind **Vernetzung, Entwicklung und Förderung** von Aktivitäten und Initiativen in verschiedenen Ländern und Bereichen, in Geschichtswissenschaft, Schulen und Bildungseinrichtungen, in Ausstellungen und Museen, bei Städtepartnerschaften, bei sonstigen grenzüberschreitenden zivilgesellschaftlichen Initiativen, nicht zuletzt in der Gedenk- und Mahnkultur.
2. Die Europäische Stiftung steht **allen Personen und Institutionen offen**, die sich diesem Thema in **europäischer** Perspektive verpflichten. Die Europäische Stiftung wird von sich aus Kommunikation und Netzwerkbildung intensivieren und damit eine **gesamteuropäische** Öffentlichkeit befördern, u. a. durch
 - Veranstaltung von Konferenzen, Tagungen und Foren der Begegnung
 - Anregung und Förderung von transnationalen Projekten und Arbeitsgruppen, z. B. für Forschungsvorhaben, Ausstellungswesen und filmische Dokumentation

- Erstellung von Dokumentationen, Übersetzungen und Informationsmaterialien für Wissenschaft, Schule und andere Bildungseinrichtungen
 - Schaffung eines gemeinsamen Internetportals.
3. Die Europäische Stiftung soll auf der einen Seite ein **Sekretariat**, auf der anderen Seite ein **Gremium (Kuratorium)** von herausragenden Persönlichkeiten der verschiedenen europäischen Länder, die von den Staatsoberhäuptern benannt werden, umfassen.
 4. Dauerhaft finanziert werden sollte die Europäische Stiftung nicht durch ein einzelnes Land, sondern durch eine Mischfinanzierung nationaler sowie europäischer oder anderer internationaler Organisationen (EU, Europarat, UN, UN-HCR). Anzustreben ist auch die Einwerbung von Sponsorenmitteln. Eine zeitlich begrenzte Anlauffinanzierung deutscherseits durch die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien und weitere Förderer wäre wünschenswert.
 5. Der Initiativkreis fasst ein mehrstufiges Vorgehen ins Auge:
 - a. Er bereitet verschiedene Netzwerke vor. Als konkrete Anlauf- und Kontaktstelle für ein **wissenschaftlich ausgerichtetes „Europäisches Netzwerk: Zwangsmigrationen und Vertreibungen im 20. Jahrhundert“** wird der Lehrstuhl Osteuropäische Geschichte (Prof. Dr. Karl Schlögel) der Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder) fungieren. Erste Projekte des wissenschaftlichen Netzwerks werden **eine internationale Konferenz zur Behandlung der Zwangsmigrationen in Schulbüchern** sowie die Herausgabe einer **Europäischen Enzyklopädie zu den Zwangsmigrationen im 20. Jahrhundert** sein.
 - b. Ein zweites **Netzwerk der Orte des Geschehens und der Erinnerung an Zwangsmigrationen und Vertreibungen** sowie der zivilgesellschaftlichen Initiativen ist von ebenso großer Bedeutung. Es wird zur Zeit vorbereitet.
 - c. Zur Koordination dieser Netzwerke und zur Mitarbeit weiterer interessierter Persönlichkeiten fasst der Initiativkreis die Gründung einer **International Society for Forced Migration History** ins Auge.
 - d. Diese sollte die **Europäische Stiftung: Zwangsmigrationen und Vertreibungen im 20. Jahrhundert** vorbereiten.

Unterzeichner:

Prof. Dr. Włodzimierz Borodziej, Universität Warschau, Prof. Dr. Marina Cattaruzza, Historisches Institut Universität Bern, Dr. Kristina Kaiserová, Institut für geisteswissenschaftliche Forschung der J.-E.-Purkyne-Universität Ústí nad Labem, Éva Kovács, Ph. D., Universität Pécs, Prof. Dr. Jiří Pešek, Karls-Universität Prag, Univ.-Doz. Dr. Oliver Rathkolb, Ludwig-Boltzmann-Institut für Geschichte und Gesellschaft, Wien, Dr. Krzysztof Ruchniewicz, Direktor des Willy-Brandt-Zentrums für Deutschland- und Europaforchung, Breslau, Dr. Thomas Serrier, Universität Paris VIII, Prof. Dr. Jan Sokol, Karls-Universität Prag, Róza Thun, Robert-Schuman-Stiftung Warschau, Dr. Heidemarie Uhl, Österreichische Akademie der Wissenschaften Wien, Dr. Krisztián Ungváry, Institut für die Erforschung der Ungarischen Revolution 1956 Budapest, Prof. Dr. Dieter Bingen, Köln/Darmstadt, Prof. Dr. Friedhelm Boll, Historisches Forschungszentrum der Friedrich-Ebert-Stiftung Bonn, Prof. Dr. phil. Dr. h. c. Detlef Brandes, Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf, Prof. Dr. Dieter Dowe, Leiter des Historischen Forschungszentrums der Friedrich-Ebert-Stiftung Bonn, Prof. Dr. Bernd Faulenbach, Ruhr-Universität Bochum, Prof. Dr. Peter Haslinger, Direktor des Herder-Instituts Marburg und Professor an der Universität Gießen, Prof. Dr. Claudia Kraft, Universität Erfurt, Prof. Dr. Hans Lemberg, Philipps-Universität Marburg, Prof. Dr. Hans Mommsen, Feldafing, Dr. Dr. h. c. Gert von Pistohlkors, Akademischer Direktor a.D., Universität Göttingen, Prof. Dr. Karl Schlögel, Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder), Prof. Dr. Holm Sundhausen, Osteuropa-Institut Freie Universität Berlin, Prof. Dr. Stefan Troebst, Universität Leipzig, Prof. Dr. Philipp Ther, Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder), Prof. Dr. Matthias Weber, Wissenschaftlicher Direktor im Bundesinstitut für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa Oldenburg, Prof. Dr. Klaus Ziemer, Direktor des Deutschen Historischen Instituts Warschau.

„Geschichte als Politikum. Ein europäisches Netzwerk gegen Vertreibungen“



Internationale Tagung der Friedrich-Ebert-Stiftung am 11. und 12. März 2004 in Bonn

Vertreter aus acht Ländern trafen sich 2004 im Bonner Haus der Friedrich-Ebert-Stiftung, um vor dem Hintergrund der öffentlichen Diskussion um ein „Zentrum gegen Vertreibungen“ den wissenschaftlichen Forschungsstand zum Thema „Vertreibung“ auf internationaler Ebene zu beleuchten. Auch wurden Ideen für eine didaktische Aufbereitung in europäischer Perspektive zusammengetragen.

Am Anfang stand eine Bilanz bisheriger Initiativen und Projekte, die sich mit Vertreibung und Zwangsmigration beschäftigen. Für die Geschichtswissenschaft ließ sich in den letzten Jahren eine zunehmende Entfernung von einer national zentrierten Beschäftigung mit Zwangsmigrationen feststellen. Die historische Forschung zum Thema „Vertreibungen“ ist in den letzten Jahren weit fortgeschritten und hat viele weiße Flecken allmählich verschwinden lassen. Dabei verbreitete sich die Überzeugung, dass diese belastete Geschichte nur in grenzüberschreitender Zusammenarbeit aufgearbeitet werden kann. Deutsch-polnische und deutsch-tschechische Historikerkommissionen leisteten hier Arbeit mit Beispielcharakter.

Auch bilaterale und multilaterale zivilgesellschaftliche Initiativen wandten sich seit Mitte der 1990er Jahre verstärkt dem Vertreibungsthema zu. Claudia Kraft und Tomáš Kafka gaben auf der Bonner Tagung beispielhaft einen Überblick über deutsch-polnische und deutsch-tschechische Projekte, die die Aussöhnung über dieses schwierige Kapitel gemeinsamer Geschichte hinweg betreiben.

Die Anzahl und Vielfalt der bereits bestehenden Initiativen überrascht und beweist in den Augen von Tomáš Kafka, **„wie groß das gemeinsame Interesse an Verständigung und gegenseitiger Perspektivöffnung letztendlich ist.“**

Für den polnischen Fall stellte Claudia Kraft fest, **„dass fernab von den oftmals aufgelegten, zum Teil hysterischen Debatten über das komplexe Thema der Vertreibung ein Netzwerk regionaler Initiativen entstanden ist, die häufig auf unkonventionelle Art und Weise Wege suchen und finden, sich über nationalstaatliche Grenzen und ethnozentrisch fixierte Sichtweisen hinweg diese Thematik zu erschließen.“**



In Polen begeben sich seit 1990 viele kleinere und größere Gruppierungen auf Spurensuche in der Geschichte ihrer Heimatregion und legen dabei die Erinnerung an ehemalige Bewohner der Region und ihre Vertreibung frei. Nicht selten entstanden daraus Begegnungs- und Erinnerungsprojekte in bi- oder trinationaler Zusammenarbeit, die aktive Versöhnungsarbeit leisten.

Die Teilnehmer der Tagung verstanden die existierenden Kooperationen und Projekte als wegweisende Beispiele und Anregungen für eine Erinnerungskultur von „unten“, die in ihrer Vielgestaltigkeit der Komplexität der europäischen Vertreibungsgeschichte besser gerecht wird als die Beschränkung auf einen zentralen Ort der Musealisierung. Die Autoren der Bonner Erklärung plädierten deswegen für Errichtung eines **Europäischen Netzwerkes gegen Zwangsmigration**, das auf diesen Initiativen aufbaut, sie gezielt fördert und Austausch und Vernetzung untereinander ermöglicht.

Für Claudia Kraft besteht mit der Einrichtung eines solchen Netzwerkes die Chance, mehr als nur Aufarbeitung der Vergangenheit zu betreiben: „**Ein ‚Europäisches Netzwerk gegen Vertreibungen‘ sollte nicht nur**



die historische Kontextualisierung der vielfältigen Vertreibungsvorgänge im Europa des 20. Jahrhunderts im Blick haben, sondern könnte auch einen wichtigen Beitrag zur Schaffung einer ‚europäischen Identität‘ leisten, die sich auf einen offenen und pluralistischen Diskurs über die gemeinsame Vergangenheit stützen muss.“

Der von Anja Kruke herausgegebene Tagungsband dokumentiert die Beiträge, Ideen und Ergebnisse der Bonner Konferenz. Die 21 enthaltenen Beiträge skizzieren sowohl übergreifende als auch länderspezifische Perspektiven zur Erinnerung an Zwangsmigrationen.

Anja Kruke (Hrsg.)
**Zwangsmigration und Vertreibung –
Europa im 20. Jahrhundert**
Bonn 2006
Verlag J.H.W. Dietz Nachf.
24,- Euro.

Plädoyer für eine „Europäisierung der Erinnerung“



Podium anlässlich der Vorstellung des Buches „Zwangsmigration und Vertreibung – Europa im 20. Jahrhundert“ am 14. Juni 2006 in Berlin (v.l.n.r.): Prof. Dr. Rudolf Traba, Warschau/Berlin, Dr. Gerhard Gnauck, Warschau, Prof. Dr. Gesine Schwan, Frankfurt/Oder, Prof. Dr. Martin Schulze Wessel, München.

„Das Buch („Zwangsmigration und Vertreibung – Europa im 20. Jahrhundert“) versucht nun – und das finde ich eines der großen Verdienste – die Europäisierung des Phänomens Vertreibung und der Erinnerung an dieses Phänomen sehr sorgfältig zu beleuchten: in den Fakten, aber auch wissenschaftstheoretisch. Ich glaube, dass das in der Tat sehr wichtig ist, denn Europäisierung eines Phänomens, auch Europäisierung der Geschichte auf diesem Kontinent, kann nicht heißen, dass die Unterschiede, sowohl die faktischen als auch die des subjektiven Erfahrens und Fühlens, einfach weggewischt werden. Europäisierung ist ein langsamer, komplexer Prozess des Austausches, der Kommunikation von Erfahrung. Es ist nicht ein homogenes Bild, das man dann plötzlich von einem Phänomen hat, sozusagen schematisch vom nationalen auf die europäische Ebene geschoben, sondern das ist ein komplizierter und theoretisch und wohl auch praktisch nie endender Austausch von Erfahrungen, Bestandsaufnahmen, Sorgen, Traumata. Und insofern, glaube ich, besteht ein sehr logischer und vernünftiger Zusammenhang zwischen dem Ernstnehmen des Gedankens der Europäisierung – und das ist wissen-

schaftstheoretisch sehr schwierig – und der Art, wie dieser Vertreibungen gedacht werden soll, nämlich im Sinne eines Netzwerkes, nicht im Sinne eines homogenen dastehenden Monumentes, eines Denkmals, einer Gedenkstätte, sondern im Sinne dessen, dass erst langsam der gegenseitige Austausch von Erfahrungen, von Erkenntnissen stattfinden kann. Wir könnten uns ja fragen, ob wir nicht lange genug Zeit gehabt haben, die Fakten zu ermitteln: Da ist sehr viel geschehen und da muss man überhaupt nicht bei Null anfangen. Aber wir wissen, dass die Fakten nie reine Fakten sind, sondern de facto immer in einen Kontext eingeordnet werden. Und diese Kontexte, in denen diese gesetzt werden, seien es historische Verursachungskontexte, seien es Vergleichskontexte, seien es Kontexte des persönlichen Erfahrens, stehen immer miteinander im Austausch. Das ist sehr wichtig. Und so glaube ich, dass die Europäisierung nicht einfach dadurch stattfinden kann, dass man verschiedene Bilder nebeneinander stellt, sondern dass sie ein *Prozess der Kommunikation* sein muss. Ich finde das einen sehr guten Gedanken, der auch theoretisch in dem Band abgehandelt wird.



Zuhörer bei der Vorstellung des Buches „Zwangsmigration und Vertreibung – Europa im 20. Jahrhundert“ durch Prof. Dr. Friedhelm Boll, Historisches Forschungszentrum der Friedrich-Ebert-Stiftung, hier v.l.n.r.: Prof. Dr. Martin Schulze Wessel, München, Prof. Dr. Rudolf Traba, Warschau/Berlin, Dr. Anja Kruke, Historisches Forschungszentrum der Friedrich-Ebert-Stiftung, Prof. Dr. Gesine Schwan, Dr. h.c. Annemarie Renger, Bundestagspräsidentin a.D.

Europäisierung also nicht als eine Homogenisierung auf erweiterter Stufenleiter gleichsam, sondern als eine Dynamisierung, eine Umwandlung in einen Prozess.

Timothy Garton Ash hat neulich gesagt, die Entwicklung einer europäischen Erinnerung sei mindestens so wichtig wie die Entwicklung eines europäischen Arbeitsmarktes. Das ist bei jemandem, der nicht der Sentimentalität verdächtig ist, ein wichtiges Wort. Und ich glaube in der Tat, dass die Erinnerung, die ja das Medium ist, in dem sich individuelle wie Gruppeniden-

titäten bilden, die entscheidende Dimension ist, in der Europa zusammenwachsen muss. Wenn wir also einander als Europäer näher kommen wollen, dann nicht dadurch, dass wir unsere nationalen, unsere lokalen, unsere regionalen, unsere individuellen, unsere professionellen Identitäten aufgeben, sondern dadurch, dass wir sie miteinander austauschen.“

Prof. Dr. Gesine Schwan anlässlich der Vorstellung des Buches „Zwangsmigration und Vertreibung in Europa im 20. Jahrhundert“ am 14. Juni 2006 in Berlin

Beispielhafte Aktivitäten

Gründung des Collegium Bohemicum in der Stadt Ustí nad Labem (Aussig)

Universität und Stadtmuseum dieser am Oberlauf der Elbe gelegenen Stadt haben durch mehrere große internationale Konferenzen ihren Willen unterstrichen, die Geschichte der Deutschen in den böhmischen Ländern zu erforschen und museal darzustellen. Mit Unterstützung der beiden tschechischen Präsidenten Vaclav Klaus und Vaclav Havel und anderer Politiker wie Alexandr Vondra, Karel von Schwarzenberg und Petr Pithart wurde das Collegium Bohemicum gegründet, das sich neben der Gesamtgeschichte auch den schwierigen Fragen der Vertreibung widmet. Bereits jetzt wurden mehrere Forschungs- und Museumprojekte vorgestellt. Außerdem erinnert die Stadt in der Form von Denkmälern, Plaketten und im städtischen Museum an den Sudentendeutschen Widerstand gegen den Nationalsozialismus, an die Ermordung der Juden wie auch an traumatische Ereignisse der Vertreibung.

Flucht, Vertreibung und Umsiedlung als Forschungsproblem und Unterrichtsgegenstand

Die Zwangsmigrationen und die deutsch-polnischen Beziehungen nach 1945 – XXXI. deutsch-polnische Schulbuchkonferenz in Stettin vom 30. Mai bis 1. Juni 2005

Angeregt durch die Bonner Tagung der FES, bei der erstmals über die Darstellung der Vertreibung in polnischen (Krzysztof Ruchniewicz) und deutschen Schulbüchern (Wolfgang Höpken) gesprochen wurde, widmete sich die Deutsch-Polnische Schulbuchkommission diesem Thema.

„Europäisierung“ und Perspektivenwechsel zogen sich als Stichworte wie ein roter Faden durch die Redebeiträge der Teilnehmer. Von der Charakterisierung der Vertreibungen als eines europäischen Vorgangs und dessen Betrachtung aus einem übergeordneten Blickwinkel erwartet man nicht ohne Grund eine Entkrampfung und einen Zuwachs an gegenseitigem Verständnis in den deutsch-polnischen Beziehungen. Die Ergebnisse werden in den nächsten Monaten auf Deutsch und auf Polnisch publiziert.

„Wir gewähren Vergebung und bitten um Vergebung.“

40 Jahre deutsch-polnische Verständigung, Veranstaltung der Friedrich-Ebert-Stiftung in Berlin am 19. Oktober 2005

Anlässlich der Tagung zur Geschichte der deutsch-polnischen Versöhnung und der Rolle kirchlicher Versöhnungsinitiativen ab 1965 nahmen die Veranstaltungsteilnehmer in der Diskussion mehrfach auf die Frage der Erinnerung an Vertreibungen und ihre Bedeutung für die deutsch-polnische Verständigung Bezug. Dabei wurde deutliche Kritik an dem vom Bund der Vertriebenen geforderten „Zentrum gegen Vertreibungen“ geäußert. Prof. Dr. Irena Lipowicz, seinerzeit Beauftragte der polnischen Regierung für die deutsch-polnischen Beziehungen, befürchtete, ein Projekt „Zentrum gegen Vertreibungen“ werde zu einem Paradigmenwechsel in den deutsch-polnischen Beziehungen führen. Bischof Dr. Wolfgang Huber sprach sich für eine europäische Initiative zum Erinnern an das Geschehen der Vertreibung aus und erklärte für die Evangelische Kirche in Deutschland: „Wir haben darum klar gegen ein isoliertes ‚Zentrum



Dr. Kristina Kaiserová im Gespräch mit Prof. Dr. Friedhelm Boll



Prof. Dr. Heinrich August Winkler, Berlin, und Adam Krzeminski, Warschau, im Gespräch.

gegen Vertreibungen' in Berlin Position bezogen.“ Er appellierte, das „Erinnern in den Dienst der Versöhnung“ zu stellen und als ein gemeinsames europäisches Projekt zu gestalten. Die Tagung ist durch eine Publikation dokumentiert: Friedhelm Boll (Hrsg.): „Wir gewähren Vergebung und bitten um Vergebung.“ 40 Jahre deutsch-polnische Verständigung, Bonn 2006. Kostenloser Bezug durch Doris.Fassbender@fes.de

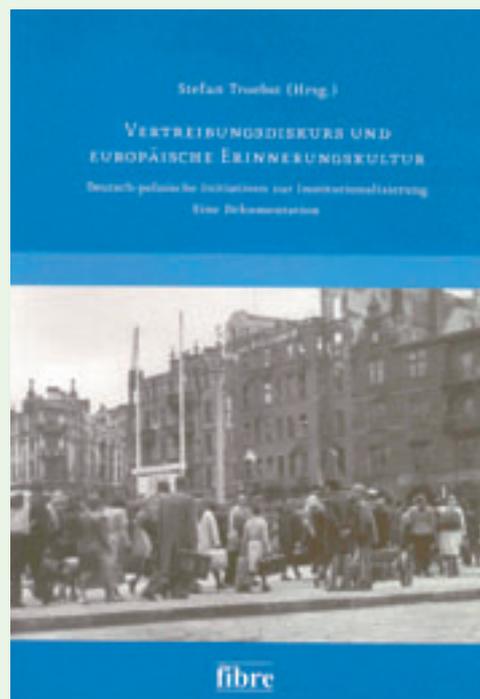
Stefan Troebst (Hrsg.)

Vertreibungsdiskurs und europäische Erinnerungskultur. Deutsch-polnische Initiativen zur Institutionalisierung

Eine Dokumentation, Osnabrück 2006, fibre Verlag, 24,- Euro.

Der Band dokumentiert umfassend die beiden parallelen Initiativen von Visegrád-Staaten-Gruppe, Deutschland und Österreich auf der einen und der Parlamentarischen Versammlung des Europarats auf der anderen Seite für eine europäische Einrichtung zur Beschäftigung mit dem Thema Zwangsmigration in Zentraleuropa im 20. Jahrhundert. So wird vor allem der Verhandlungs- und Entstehungsprozess des „Europäischen Netzwerks Erinnerung und Solidarität“ als wichtiger Schritt für eine zukünftige, europäisch ausgerichtete Erinnerungskultur nachgezeichnet. Der Herausgeber

greift dabei nicht nur auf offizielle und halbamtliche Dokumente zurück. Als Berater der seinerzeitigen Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien sowie des Komitees für Migration, Flüchtlinge und Bevölkerung der Parlamentarischen Versammlung des Europarates nahm er 2004/2005 an den Verhandlungen persönlich teil. Seine Hintergrundberichte ergänzen die offiziellen Quellen und vermitteln einen tiefgehenden Einblick in die politischen Initiativen und ihre wissenschaftliche Begleitung.



Projekt:

Das Jahrhundert der Vertreibungen

Deportation, Zwangsaussiedlung
und ethnische Säuberung in Europa

1912–1999

Ein Lexikon

Anlässlich der Bonner Tagung wurde ein Lexikonprojekt verabredet, das sich eine erste umfassende Bestandsaufnahme der historisch-vergleichenden Forschung in Deutschland, den Staaten des östlichen Europa, anderen Teilen Europas und Übersee zum Phänomen Vertreibung auf dem „dunklen Kontinent“ im „Zeitalter der Extreme“ zum Ziel setzt. Dabei werden fünf große zeitlich-räumliche Komplexe von Flucht, Vertreibung, Zwangsaussiedlung und Integration in den Aufnahmeländern behandelt, nämlich Südosteuropa zwischen dem Beginn des Ersten Balkankriegs und der Konferenz von Lausanne (1912-1923), die UdSSR in den 1930er und 1940er Jahren, die vom nationalsozialistischen Deutschland und seinen Satellitenstaaten besetzten Regionen Europas während des Zweiten Weltkriegs, Ostmitteleuropa nach dem Zweiten Weltkrieg sowie Sowjetunion und Jugoslawien bzw. deren Nachfolgestaaten in den 1990er Jahren.

Projektleiter: Prof. Dr. Detlef Brandes (Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf), Prof. Dr. Holm Sundhaussen (Freie Universität Berlin) und Prof. Dr. Stefan Troebst (Universität Leipzig).

Projekt:

Geschichte verstehen – Zukunft gestalten

So lautet der Titel eines am Regionalschulamt Bautzen unter der Leitung von Kinga Hartmann angesiedelten Projektes, dessen Ziel es ist, in der ostsächsisch-niederschlesischen Grenzregion einen Beitrag zum wechselseitigen Verständnis der deutsch-polnischen Geschichte zwischen 1933 und 1950 zu leisten. Stalinismus, Nationalsozialismus, Zweiter Weltkrieg mit deutscher und sowjetischer Besatzungsherrschaft in Polen, Vertreibungen von Deutschen und Polen, Integration in Deutschland und Polen nach dem Kriegsende – dies sind nur einige der dabei zu behandelnden Themen, die deutsche und polnische Experten gemeinsam für den Geschichtsunterricht in beiden Ländern aufarbeiten. Die zweisprachigen Unterrichtsmaterialien, die daraus entstehen, wollen Pionierarbeit auf dem Gebiet der deutsch-polnischen Verständigung leisten. Deutsche und polnische Schüler bekommen damit erstmals die Gelegenheit, im Geschichtsunterricht das Thema Vertreibung von beiden Seiten zu beleuchten.

Weitere Informationen zum Thema „Zwangsmigrationen und Vertreibung im 20. Jahrhundert“ sind als „Netz-Quelle“ im Internetangebot der FES abrufbar:
<http://library.fes.de/library/netzquelle/zwangsmigration/index.html>



„Wir gewähren Vergebung und bitten um Vergebung.“

40 Jahre deutsch-polnische Verständigung,
Veranstaltung der Friedrich-Ebert-Stiftung
in Berlin am 19. Oktober 2005

Die Broschüre ist vergriffen.
Nur noch im Volltext abrufbar
<http://library.fes.de/pdf-files/historiker/03789.pdf>
(Boll, Vergebung)

„Hilfe für Solidarność“

Zivilgesellschaftliche und staatliche Beispiele aus
der Bundesrepublik Deutschland in den Jahren
1980–1982

Kostenloser Bezug durch
Doris.Fassbender@fes.de
oder im Volltext abrufbar
<http://library.fes.de/pdf-files/historiker/03788.pdf>
(Riechers, Solidarnosc)

